

**KURZ GEMELDET**

**Joblose sollen putzen**

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag will Langzeitarbeitslose bei der Bewältigung der Flutschäden einsetzen. Das Säubern von Flussbetten oder das Befestigen der ausgespülten Uferländer würde helfen, Flutschäden künftig zu minimieren. Über ein Wiederaufbauprogramm könnten befristete Arbeitsverhältnisse und eine Weiterqualifikation für Langzeitarbeitslose geschaffen werden. Ziel müsse es sein, die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen. *dpa*

**19 Jahre lang in Rente**

Deutschlands Senioren werden immer älter und bekommen deshalb im Schnitt immer länger Rente. Die Rentenbezugsdauer stieg im vergangenen Jahr auf den Rekordwert von 19 Jahren, wie die *Bild*-Zeitung unter Berufung auf die Deutschen Rentenversicherung berichtete. Demnach verlängerte sich die Rentenbezugsdauer innerhalb eines Jahres um mehr als sechs Monate. Seit 1995 habe sich die Bezugsdauer um mehr als drei Jahre verlängert. Damals wurden Renten dem Bericht zufolge im Schnitt 15,8 Jahre lang gezahlt. *dpa*

**Bürger ziehen nicht mit**

Die Bürgeranleihe zum Ausbau des Stromnetzes stößt auf wenig Begeisterung. Für das Pilotprojekt Westküstenleitung, das Strom von der Nordseeküste in den Süden Schleswig-Holsteins bringen soll, zeichneten 250 Interessenten Anleihen, berichtet die *Welt am Sonntag* unter Berufung auf den Netzbetreiber Tennet. Dieser hatte 160 000 Haushalte angeschrieben. Die Zeichnungssumme liege im einstelligen Millionenbereich, angestrebt waren jedoch 40 Millionen Euro. Die Zeichnungsfrist läuft bis Ende August. Solche Bürgeranleihen sollen auch anderswo in Deutschland den Netzausbau beschleunigen und die Akzeptanz für neue Leitungen erhöhen. *AFP*

**IVG vor der Rettung**

Beim hoch verschuldeten Immobilienkonzern IVG scheint eine Insolvenz noch abwendbar. Die Gläubiger verständigten sich auf ein Restrukturierungskonzept, eine Brückenfinanzierung von 140 Millionen Euro soll die Pleite abwenden. Der Konzern zählt zu den Branchengrößen in Deutschland mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 20 Milliarden Euro. *dpa*



Vom Onlinehandel haben viele Verbraucher profitiert, weil er Druck auf die Produzenten machte, preiswerter anzubieten. Jetzt wollen namhafte Hersteller den Preisverfall stoppen. FOTO: DPA

**Kampf um die Preishoheit**

Markenfirmen wollen verhindern, dass ihre Ware im Netz allzu billig verkauft wird / Dürfen sie das?

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN THOMAS MAGENHEIM-HÖRMANN

MÜNCHEN. Es geht um Marktmacht und die Preishoheit – zwischen Markenartikelherstellern und Internethändlern ist Streit entbrannt. Firmen wie Adidas haben Amazon verboten, ihre Produkte im Netz zu verkaufen. Jetzt wehren sich die Internethändler gegen die Verkaufsbeschränkungen. Am Ende entscheidet wohl das Kartellamt.

Lange schien der Siegeszug des Onlinehandels ungefährdet. Voriges Jahr lag der europaweite Umsatz aller per Internet gehandelten Waren und Dienstleistungen nach Branchenangaben bei stolzen 312 Milliarden Euro. Nun sehen sich die Gewinner des Strukturwandels im Handel aber in ihrem Expansionsdrang von Markenherstellern fast aller Branchen stark beschnitten. „Es wird immer schlimmer“, sagt Oliver Prothmann. Er ist der Gründer der Initiative „Choice in eCommerce“, die nun gegen die Praktiken der Markenfirmen Front macht. Begonnen hätten die Sportartikel Adidas und Asics damit, den Verkauf auf offenen Plattformen wie Amazon, Ebay oder Hitmeister zu untersagen. „Wer sich nicht beugt, wird nicht mehr beliefert“, erklärt der Berliner Internetmanager die Realitäten. Mittlerweile hätte fast die Hälfte aller Markenhersteller in ihren Lieferkonditio-

nen Klauseln, die den Verkauf auf offenen Plattformen untersagen, und zwar europaweit. Das sei aber für viele Händler der wichtigste Verkaufskanal. Wer nur per Internet aktiv ist, stürze in Existenznöte. Aber auch diejenigen, die zusätzlich stationäre Filialen haben, seien oft auf ein zweites Standbein im Netz angewiesen.

Im Kielwasser von Adidas und Asics hätten mittlerweile Firmen wie Brother (Elektronik), Miele (Hausgeräte) oder Trixie (Tierbedarf) zu ähnlichen Praktiken gegriffen. „Die Klauseln werden einfach kopiert“, sagt Prothmann. Was die Markenhersteller damit bezwecken, ist für ihn klar. „Es geht um die Preishoheit“, sagt er. In einzelnen Fachhandelsverbänden wird das hinter vorgehaltener Hand bestätigt. Es gehe ihnen darum, das Veramschen ihrer Ware zu verhindern.

**Das Kartellamt hat sich eingeschaltet**

Die Industrie weist einen solchen Grund, der die Kartellhüter hellhörig machen müsste, weit von sich. Dem eigenen Haus gehe es lediglich um markengerechte Präsentation der Ware und fachgerechte Beratung, heißt es beim Rädelführer Adidas. Es seien nur Richtlinien für stationären Handel auf das Internet übertragen worden, was rechtlich nicht zu beanstanden sei.

Ob das wirklich so ist, prüft das Kartellamt. Gegen Adidas und Asics laufen

schon seit einiger Zeit Musterverfahren, die klären sollen, ob die Handelsbeschränkungen nicht doch illegal sind. Auch in anderen EU-Ländern prüfen Kartellbehörden das. Wann entschieden wird, sagen die Behörden bislang nicht.

Prothmann rechnet im Fall des US-Sportartiklers Asics diesen Herbst mit einem Spruch der deutschen Wettbewerbsbehörden. Spätestens Anfang 2014 könnte Adidas folgen. Der Onlinehandel vertraue auf das Kartellamt, dem mittlerweile eine Flut von Beschwerden aus dem Handel vorliegt. Falls die Praktiken der Markenhersteller nicht untersagt würden, stünden im Onlinehandel viele Stellen auf dem Spiel. Vor allem aber werde es den Verbraucher treffen, weil Markenhersteller dann mehr als jetzt schon die Preise diktieren können.

„Dann bekommen wir Verhältnisse wie beim Benzin“, warnt der Internetmanager. Im Vorfeld der Fußball-WM 2014 in Brasilien könnten dann die ohnehin hohen Preise für Nationalmannschaftstrikot nochmals steigen, wie der Benzinpreis in der Urlaubszeit. Bislang sei die eigene Branche ein Regulativ, die so etwas verhindert. „Wir wollen, dass der Onlinehandel ein freier und fairer Markt bleibt“, sagt Prothmann. Es dürften nicht die Markenhersteller sein, die den Verkauf per Internet komplett kontrollieren. Und natürlich soll es auch tunlichst die eigene Kasse sein, die klingelt.

**Bundesbank: Athen braucht mehr Hilfen**

Per Kredit oder Schuldenerlass

FRANKFURT (dpa/BZ). Die Deutsche Bundesbank geht laut *Spiegel* davon aus, dass schon bald ein neues Rettungsprogramm für Griechenland notwendig wird. Die Europäer müssten spätestens Anfang 2014 „wohl in jedem Fall ein neues Kreditprogramm mit Griechenland beschließen“, zitiert das Nachrichtenmagazin aus einem internen Dokument der Bundesbank an das Bundesfinanzministerium und den Internationalen Währungsfonds. Experten sagen seit längerem, Griechenland brauche ein weiteres Rettungspaket oder einen teilweisen Schuldenerlass. Die Staatsschuld Athens wird fast nur noch von öffentlichen ausländischen Gläubigern gehalten. Die griechische Regierung geht davon aus, dass es im November Gespräche über eine Erleichterung der Schuldenlast für das pleitebedrohte Land geben könnte. Das sagte Finanzminister Ioannis Stournaras der Zeitung *Efimerida ton Syntakton*. Dabei müsse es nicht unbedingt um einen neuen Schuldenschnitt gehen. Er könne sich auch eine rückwirkende direkte Rekapitalisierung der griechischen Banken aus dem europäischen Rettungsfonds ESM vorstellen, so Stournaras. Dadurch würden die für die Kapitalaufstockung eingesetzten Mittel nicht mehr auf den Schuldenstand des Landes durchschlagen.

**Neue Handelsroute nach China eröffnet**

PEKING (AFP). Als erstes chinesisches Handelsschiff nutzt ein Frachter auf seiner Fahrt nach Europa die Nordostpassage. Das Schiff der chinesischen Reederei Cosco verließ den nordöstlichen Hafen Dalian Richtung Rotterdam, wie die staatliche Zeitung *China Daily* berichtete. Die Fahrt durch die Beringsstraße und entlang Russlands Nordküste werde 33 Tage dauern. Die verkürzte Route nach Europa ist durch das Schmelzen des arktischen Eises infolge des Klimawandels befahrbar geworden. Die Fahrtdauer für chinesische Schiffe könnte sich so um 12 bis 15 Tage reduzieren, was die Transportkosten deutlich drücke. Laut der Zeitung verkürzt sich die Route nach Europa gegenüber einer Fahrt durch den Suezkanal um 7000 Kilometer. Die Nordostpassage ist von Ende Juli an für vier Monate schiffbar.

**Billig telefonieren**

ORTSGESPRÄCHE Montag-Freitag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor	01070	0,15
	Tele2	01013	0,83
7-19	tellmio	01038	0,95
	Star79	01079	1,84
19-24	Arcor	01070	0,57
	Tele2	01013	0,83

FERNGESPRÄCHE Montag-Freitag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor	01070	0,25
	Tele2	01013	0,62
7-9	01041	01041	0,95
	01038	01038	1,09
9-18	01038	01038	1,09
	010011	010011	1,13
18-19	010011	010011	0,79
	01038	01038	1,09
19-24	Arcor	01070	0,55
	Tele2	01013	0,62

ZUM HANDY Montag-Sonntag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-24	tellmio	01038	2,06
	01047	01047	2,20

Da der Anrufer die Handynummer nicht mehr dem Netz zuordnen kann, sind die Anbieter so gewählt, dass er im günstigsten Fall weniger, aber auf keinen Fall mehr bezahlt.

In der Tabelle sind nur Anbieter berücksichtigt, deren Netzkapazitäten nicht ständig überlastet sind und deren Preisgestaltung einigermaßen transparent und verlässlich ist.

Alle Angaben ohne Gewähr!

QUELLE: BZ/SACHS STAND 9.8.2013 BZ/GRAFIK/ZEL

**„So wichtig wie der Neuaufbau nach dem Krieg“**

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) verteidigt vor südbadischen Handwerkern seine Energiepolitik

VON UNSEREM MITARBEITER HEINZ SIEBOLD

DENZLINGEN. Das südbadische Handwerk hofft, dass die Energiewende nach der Bundestagswahl am 22. September energisch vorangetrieben wird – egal, von welcher Regierung. „Die Energiewende kann nur funktionieren, wenn sie von unten kommt“, sagte der Präsident der Handwerkskammer Freiburg, Paul Baier, am Sonntag Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU). Das Handwerk versteht sich als Ausrüster der Energiewende. Altmaier kam auf Einladung der Kammer in den Denzlinger Elektrotechnikbetrieb Fehrenbach. Vor 150 Zuhörern nannte er die Energiewende eine „Operation am offenen Herzen unserer Volkswirtschaft“.

Symbole sind Bilder, sind Botschaften. Eine grüne Krawatte trug der seit einviertel Jahren amtierende Minister in Denzlingen. Eine blaue Kochschürze, Pfeffer- und Salzmühle nahm er nach seinem knapp zweistündigen Aufenthalt mit. Damit „die richtige Würze“ in das Energiekonzept kommen möge, gab Hauptgeschäftsführer Johannes Burger einen Tipp mit auf die Reise zum nächsten

Termin. Es ist Wahlkampf, und dass Altmaier Umweltminister auch in der nächsten Regierung Merkel sein will, ließ er bei dem Auftritt in der Reihe „Handwerk trifft ...“ wissen. Dass die Energiepolitik der Bundesregierung selbst die eigenen Anhänger verunsichert, machte dem Minister sein Denzlinger Gastgeber deutlich. Rolf Fehrenbach, Elektromeister und Gemeinderat für die CDU, verdient einen Teil seines Geldes mit der Installation von Photovoltaikanlagen. „Ein Standbein, auf das wir ungern verzichten möchten“, betonte er. „Es wäre schade, wenn dieser Wirtschaftszweig zusammenbrechen würde.“ Die Kunden seien extrem verunsichert durch die widersprüchlichen Meldungen aus der Politik. Folglich würden erheblich weniger Solaranlagen geordert.

Der Denzlinger Bürgermeister Markus Hollemann sprach an, was sich andere nicht trauten: die ungleiche Lastenverteilung bei der Umlage für die Einspeisegarantie für erneuerbare Energien (EEG-Umlage) zwischen Privatleuten und einigen Unternehmen sowie die merkwürdigen Mechanismen der Strompreisbildung. „Die Großhandelspreise sind gesunken, aber es ist grotesk, dass die Umlage gestiegen ist“, so Hollemann.



Peter Altmaier am Sonntag in Denzlingen FOTO: MARKUS ZIMMERMANN

„Ich erwarte von der Politik, das zu ändern und dass nicht allein der Bürger zahlt.“ Eine Zeche, die – wie der Emmendinger Bundestagsabgeordnete Peter Weiß (CDU) fürchtet –, nächstes Jahr über sechs Cent pro Kilowattstunde liegen wird. Nein, nein, Altmaier schüttelte den Kopf, obwohl er doch seit zehn Jahren mit Peter Weiß „immer einig“ gewesen sei. „Strom darf kein Luxusgut werden“, sagte Altmaier. Sonst werde die

Energiewende diskreditiert und das hätte schlimme Folgen. Zunächst müssten aber die Einsparpotenziale genutzt werden. Dafür habe man eine spezielle Initiative für den Mittelstand und für Empfänger des Arbeitslosengeldes II gestartet. Und, ja, auch die „Ungleichbehandlung“ werde man angehen müssen. Er sei, sagte Altmaier der BZ, „immerhin der erste Umweltminister, der darüber spricht“. Er stellte in Aussicht, die Kriterien zu überprüfen, ab wann ein Betrieb von der EEG-Umlage befreit wird. „Das ist ein verminetes Gelände“, gab Altmaier zu. Seine von ihm sogenannte Strompreiskontrolle ist von der FDP ausgebaut worden.

Viel lieber sprach der Minister über die elementare Bedeutung der Energiewende; und im Grundsatz wird ihm das keiner widersprechen. „Wir sind ja erst am Anfang, und das ist nicht irgendein Projekt. Das ist so wichtig wie der Neuaufbau nach dem Krieg.“ Eine Menschheitsaufgabe zudem, für die eine Volkswirtschaft solcher Potenz wie der deutschen eine Vorreiterrolle zukommen, die Rolle des Technologieführers. „Wir müssen ein Modell dafür liefern, dass es funktioniert.“ Nach der Wahl, wenn er wieder was zu sagen habe, sehe man weiter.